

Volke Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.
für Anhalt und Thüringen.

Ne. 546. Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Freitag, 21. November 1902.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 152.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2. Telefon-Nr. VII Nr. 11 404.

Druck und Verlag von Otto Ziefle in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 21. November.

*** Verhandlungsergebnisse.** Alle möglichen neuen mehr oder minder glücklich erfindenden Gerichte über den Stand der Verhandlungsergebnisse und über die Grundlagen, auf denen sie beruhen werden, tauchen an jedem neuen Tage auf. Eine neue theoretische Version finden wir heute in den „Münchener Nachrichten“. Dieses sonst so vernünftige Blatt läßt sich aus Berlin eine ungeheure Ente aufblenden und bringt sie in folgender Art zur Kenntnis der hiesigen Welt:

„Von einem Vertrauensmann des Reichsanwalts ist dem Reichshofrat in Berlin folgende Mitteilung zugegangen: Die Kommissionsverhandlungen sind vollkommen gescheitert. Die Mitteilungen einiger Blätter, wonach Unterhandlungen auf dem Boden einer Verleumdungsbekämpfung hätten, enthalten aber inhaltlich keine Grundlage. Seitens der Regierung haben derartige Verhandlungen wenigstens nicht stattgefunden. Graf v. Helldorf hat gestern der Reichstagskommission heute selbst einen Vertrauensmann einen letzten Appell an die Konservative und die Agrarier gerichtet und ihnen in der schließlichen Hinsicht erklären lassen, die Regierung könne nicht über den Entwurf hinaus der Mehrheit entgegenkommen. Sie wolle wiederum an den Nationalismus berufen appellieren, die Verträge einfach so anzunehmen, wie dieselben seien, und nicht bis zur dritten Sitzung zu warten, sondern sich bei der zweiten Sitzung und möglichst nach der Regierungsbildung zur Annahme zu verstehen. Die Regierung sei die an der äußersten Grenze des Möglichen im Interesse der Landwirtschaf gegangen. Weiteres zu tun habe nicht, nicht einen Schritt weiter gehen, und sie habe das Recht, von der Mehrheit das Vertrauen zu verlangen, das eine solche Verfertigung verbiete. Der Reichstagler bezeichne diese dem hiesigen, die Herren Abgeordneten der Rechte und die Agrarier möchten die Rechte auf ihre Rechte lassen lassen, und nur an das Recht des Vaterlandes denken, das auch ihnen höher stehen müsse als selbst das Parteiinteresse und das persönliche Interesse.“

„Wir brauchen wohl nicht besonders hervorzuheben, daß es hier ganz naiven Märlein Sterbenswürdiges wahr ist. Es ist schließlich unbegreiflich, wie ein Blatt sich etwas Derartiges aufblenden lassen kann. Selbst wenn Unterredungen und Verhandlungen ähnlicher Art hätten stattfinden können, würden diese doch selbstverständlich zu vertraulich behandelt werden, daß der einzige Briefwechsel davon nichts erfahren, am allerwenigsten durch einen Vertrauensmann des Reichsanwalts. Die ganze Angelegenheit bekommt aber durch den Schlussatz des oben mitgetheilten Telegramms einen geradezu grotesk-fomischen Anstrich. Ist jemand wirklich so unglücklich naiv, zu glauben, der Reichstagsler könne tatsächlich den Agrariern den Rath gegeben haben, die Minderheiten auf ihre Wiederwahl fallen zu lassen und nur an das Wohl des Vaterlandes zu denken, das auch ihnen höher stehen müsse als selbst das Partei-Interesse und das persönliche Interesse? Ein solcher Rath in dieser Form wäre doch so tollst, daß es geradezu belächelnd für den Reichstagsler wäre, wenn man ernstlich annehmen wollte, daß er in ähnlicher Weise mit den Agrariern verhandelt hätte.“

Auch die „Königsb. Post“ hört wieder einmal das Gerücht nach. Der Berliner Korrespondent entwirft von der Seite der Reichstagskommission folgende Schilderung: Seine Enttäuschung der Minimalzelle für Österreich, auch nicht für die Rechte. Seine Minimalzelle für die Rechte, aber eventuelle Erzeugung der autonomen Zustände für landwirtschaftliche Produkte und Erzeugung der Rechte für landwirtschaftliche Produkte, Rechte und andere generelle Gegenstände. Seine Festsetzung des Termins für die Einbringung des neuen Zolltarifs, aber modifizierte Zustimmung der Regierung zu den Kommissionsentscheidungen mit Beibehaltung der formalen Aufgaben auf Recht, Brot und Fleisch, und auf Vermeidung der Zolltariffrage zur Einkommen- und Rentenverteilung. Die zweite Sitzung des Zolltarifgesetzes wird zunächst fortgesetzt. Es soll sich nach ihrer Beendigung die Unmöglichkeit heraus, den ganzen Tarif zu erledigen, so verzieht die Regierung auf einen Zurückverweisung, und der Tarif wird als Resolution zum nächsten abgeordneten Gesetz der Regierung überlassen, als Grundlage für die neuen Handelsvertragsverhandlungen. Besonders betont die Regierung seine einjährige Unterwerfung von der Mehrheit.

Ob das zutrifft, vermögen wir nicht nachzuprüfen. Die wenigen Leute, die bisher um den Stand der Verhandlungsergebnisse wissen, werden wohl keine Neigung haben, ihre Wissenhaft auf den offenen Markt zu tragen. Immerhin wird die Wahrscheinlichkeit sein: an der Verhandlung wird fortgearbeitet und die Aussichten sind nicht gering. Das hat mit hübscherer Weise selbst der „Post“, „Junge Mann“ des Herrn v. Helldorf, auch nicht den geringsten Zweifel an der Wichtigkeit der Verhandlungen und in dem mündlichen Bericht sich über wichtige Fragen ausdrücken. Die hierüber hinausgehenden Vermuthungen in der Tagespresse über den Zweck der Besuche sind daher unzutreffend. Insbesondere gibt dies von dem neuerdings aufgestellten Behauptung, daß es sich bei dem Besuch in Dresden um eine Reform der Personen-

tarife handeln werde. Von einer derartigen Reform ist für die preussische heftige Eisenbahngemeinschaft zur Zeit keine Rede. Wie mangelhaft die Blätter, die jene Gerichte verbreiten, unterrichtet sind, ergibt sich aus ihrer weiteren Behauptung, daß jene Reform auch auf der im Sommer d. J. in Frankfurt abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen erörtert sei. Dieser Verein, den außer den deutschen auch die österreichische, die ungarische und andere außerdeutsche Verwaltungen angehören, ist zur Verhandlung über diese Frage gar nicht zuständig, und sie hat daher auch nicht den Gegenstand der Verhandlung auf der Freiburger Versammlung bilden können.

*** Die Burengenerale.** Aus Brüssel wird gemeldet, Delare habe einen Vertreter des „Reit Bleu“ erklärt, die Burengenerale hätten beschließen, ihre Anwesenheit durch Europa abbrechen und nach Afrika zurückzukehren, um dort mit Chamberlain zusammenzutreffen und ihm Aufklärungen über die Lage zu geben. Delare fügt hinzu, daß Chamberlain in London von einem ernstlichen Unwohlsein befallen sei.

Weniger verlässlich als die Burengenerale scheint der frühere Staatssekretär von Transvaal Reich getrimmt zu sein. Ueber einen Artikel, welchen dieser in einem amerikanischen Blatt veröffentlicht hat, wird aus New-York nämlich Folgendes telegraphirt:

New-York, 19. Nov. Der frühere Staatssekretär von Transvaal Reich veröffentlicht in der „North American Review“ einen Artikel, in welchem er sagt, der Friedensvertrag würde das Gewissen der Männer nicht, die ihn mit dem Kaiser an der Spitze, um ihre Frauen und Kinder zu retten, unterzeichnet hätten. Es sei selbstverständlich die Pflicht seiner Landeskasse in Südafrika, dem Gesetze gehorchen zu sein, aber als Reich nicht zu sagen, daß ein unterwerfender Vertrag nicht bindend ist, wenn nicht die Kaiser, die ihn unterzeichnet hätten, nicht zurecht gehalten, dadurch sei auch die andere Partei ihres Wortes entbunden.

Am 20. Nov. ist der Burengenerale Delare am Donnerstags Morgen 9 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eingetroffen. Zu seinem Empfangen hatten sich eingefunden: sein Schwager, der frühere Staatssekretär Ferraro, Balthasar, der frühere Reichsminister, Herr v. Hornum und Dr. Kimm. Die Delare auch, die hierher mittelste, ist General Louis Botha an einem Nierenleiden schwer erkrankt; auch der Gesundheitszustand der Gattin Bothas sei wenig befriedigend. Die Sorgen und Leiden der vergangenen Zeit machten sich jetzt sehr bemerkbar. Der General wird voraussichtlich zwei Tage in Berlin verweilen. Er will strenges Antiquität bewahren; er ist auch nicht in einem Kost, sondern in einer Privatwohnung im Westen abgeteilt.

*** Der Kaiser in England.** Das „Neuerliche Bureau“ erfährt aus bester Quelle, der deutsche Kaiser habe sich über seinen Besuch in England in Ausdrücken hoher Befriedigung geäußert. Es habe ihm nicht nur kein Aufenthalt bei seinen hochwürdigen Verwandten, namentlich sein Zusammensein mit dem Kaiser, für den er Gefühle warmer Freundschaft hege, große Freude bereitet, sondern er fühle sich auch angenehm berührt durch die Freundschaft, mit der ihm das englische Volk überall von der Stunde seiner Ankunft an empfangen habe. Der Kaiser erkenne die ihm gegenüber bekundeten Gefühle hoch an und nehme bei seinem Abschied von dem englischen Hofe die besten Erinnerungen mit sich.

Der Kaiser ist Donnerstag Vormittag 9 1/2 Uhr von Clifton nach Dalmeny abgefahren. Der Kaiser traf mit Carl Kondale im offenen Wagen mit zwei Spitzreitern von Southey Castle auf der Halbinsel ein. Nachdem er in herzlicher Weise von Carl Kondale Abschied genommen, besetzte er mit dem deutschen Botschafter Grafen Wolff Meternich, der den Kaiser nach Schottland begleitete, den Salomonen, worauf sich der Zug in Bewegung setzte.

Eine zahlreiche Menge erwartete vor der Eisenbahnstation und am Eingang zu Dalmeny Park das Eintreffen des deutschen Kaisers. Das Wetter war prächtig. Auf dem Bahnhofs waren der Kapitän der „Hohenzollern“, v. Ueborn, der deutsche Konsul in Perth Knoblauch mit einer Anzahl Damen, ein Theil der Mannschaft der „Hohenzollern“ und der „Nymphen“, ferner der Marquis von Killintillo, Sir Jan Hamilton und andere zugegen. Die Ehrenwache stellte das Black Watch-Regiment. Der Kaiser traf um 12 1/2 Uhr ein und wurde von Lord Rosebery, dem er herzlich die Hand schüttelte, begrüßt. Sodann fuhr Se. Majestät mit Lord Rosebery im offenen Wagen nach Dalmeny Park. Um 3 Uhr verließ Seine Majestät nach der „Hohenzollern“ zurück und schiffte sich auf derselben ein.

In dem Frühstück, bei dem Seine Majestät der deutsche Kaiser Lord Rosebery's Gast war, nahmen nur einige persönliche Freunde Lord Rosebery's theil. Später pilanzte Kaiser Wilhelm in einer benachbarten Baunanlage eine Gasse. Als Seine Majestät, von Lord Rosebery begleitet, zur Landungsstelle fuhr, begrüßte ihn ein zahlreiches Publikum mit lebhaften Schreufen. Die vor Anker liegenden englischen Kriegsschiffe schoben, als der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ stieg, einen Salut von 21 Schüssen ab. Seine Majestät verabschiedete sich von Lord Rosebery, dem er herzlich die Hand schüttelte, sowie von Sir Archibald Hunter, dem Oberbefehlshaber des schottischen Distrikts. Kurz darauf ging die „Hohenzollern“ nach Brunsbüttel in See.

Die Zeitung „Truth“ erfährt, der Kaiser habe den König Eduard aufs Wärmste eingeladen, ihm 1903 einen Gegenbesuch in Potsdam abzuschicken. Der Prinz von Wales wurde eingeladen, Berlin Ende Januar zu besuchen, um einem Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens beizutreten.

Der Kaiser wird bei seiner demnächstigen Rückkehr aus England durch den Prinzen Heinrich von Preußen empfangen werden, welcher sich zu diesem Besuche von Kiel nach Brunsbüttel einschiffen wird, wo das Kaiserpaar am voraussichtlich heute Abend vor Anker geht. Während die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ und ihre Begleitschiffe „Nymphen“ und „Seipner“ alsbald nach Kiel weiterdampfen werden, wird der Kaiser nach dem bis jetzt getroffenen Bestimmungen von Brunsbüttel auch mittels Sonderzuges direkt nach Potsdam zurückkehren. Die Ankunft auf der Station Wlbad dürfte am morgigen Sonnabend 7 1/2 Uhr Morgens zu erwarten sein. Den darauffolgenden Sonntag wird der Kaiser im Neuen Palais verbringen und am Montag zur Heimnahme an der von dem Prinzen Georg zu Schaumburg-Lippe veranstalteten Hofjagd nach Büchelberg abziehen.

*** Personalsachen.** Der Regierungsrath in Dresden, Wirkliche Geheimdelegationsrat Dr. v. Heyden und der Pala, gebürtig, nach der „Schl. Post“, mit Ablauf dieses Jahres aus dem Staatsdienste zu scheiden. Dem Reichlichen Reichsrath wird aus Strassburg gemeldet, daß der Landrath des Landkreises Gersheim, Dr. Hammerstein, zum Regierungsrath in Strassburg ernannt sei. An Stelle des Präsidenten Dr. Henning, der befanntlich nachfolgendes Landesparlament des Rheinprovinz Dr. Klein werden soll.

*** Major a. D. Endell.** Angesichts der vielfach irigen Mittheilungen über den Ausgang des ehedem erledigten Reichstags, das Major a. D. Endell seiner Zeit gegen sich beantragt hatte, fügt sich die „Mitt. Post“, veranlaßt, auf Grund authentischer Quellen Folgendes festzustellen: Se. Majestät der Kaiser und König haben laut Allerh. Kabinettsordre vom 5. November d. J. in dem Verhaltens des Majors Endell gegenüber der Kaiser der Landwirthschaftskommission bzw. deren Beamten eine die Standesbeurtheilung des Offiziers verlegende Handlung nicht erblid. Dadurch, daß Se. Majestät dem Major Endell das fernere Tragen der Uniform des 2. Leib-Regiments Nr. 2 gestattet haben, ergibt sich für jeden Kenner militärischer Verhältnisse, daß die militärische Ehre des Majors Endell unberührt ist.

*** Der Reichstagsminister für die deutsche Abtheilung der Weltausstellung in St. Louis, Lemah, ist am Dienstag in St. Louis angekommen und von dem Empfangsausschuß der Ausstellung offiziell begrüßt worden.**

*** Dem Reichstage ging eine Interpellation Albrecht und Genossen zu, anfragend: 1. welche Maßnahmen der Reichstagsler zu ergreifen beabsichtigen, um den in letzter Zeit sich häufenden Uebergriffen von Polizei und richterlichen Behörden entgegenzutreten, die Reichstagsler ohne genügenden gesetzlichen Grund in Haft nehmen, in der sie dann oft in ungehöriger, ungesetzlicher Weise behandelt werden, 2. ob der Reichstagsler beabsichtigt, in Folge dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes über Strafverfolgung vorzulegen.**

*** Stimmzettel im Reichstage.** Zu Beginn der Reichstags-Sitzung am gestrigen Donnerstag wurden im Reichstag neue farbige Stimmzettel vertheilt, und zwar blaue für: enthalte nicht, rotze für: nein und weiß für: ja.

An der Donnerstag-Sitzung des Bundesrats wurden die Mittheilungen des Präsidenten des Reichstages vom 15. Nov. 1902, betreffend die Schaffung eines Reichs-Berichts- und Reformationsrechts bzw. die Wechselstellung der Frauen mit den Männern in diesem Gesetze, dem zukünftigen Ausschusse übergeben. Ferner wurde Bescheid gefaßt über den Antrag, betreffend die Verlegung eines Mitgliedes des Reichstags-Berichtsrechts dem Ausschusse für Privatverordnungen.

*** Für die Apotheker-Versammlung** genügt zur Zeit bekanntlich das Einschreib-Fremdwilligen-Zwangsgesetz wird aber, nach dem „Samb. Nachr.“, beabsichtigt, demnach die Anforderungen zu erhöhen und das Epidemien-Gesetz als Vorbildung für das pharmazeutische Studium festzusetzen.

*** Württembergische Staatsrenten.** Die der „Samb. N.“ erfährt, haben bei der Generalabrechnung der württembergischen Staatsrenten Verhandlungen mit Vertretern italienischer Banken zum Zwecke der Erweiterung des direkten Personenverkehrs mit diesen Banken stattgefunden. An der Konferenz nahmen außer den italienischen Mittelverwaltern und der württembergischen Bank verschiedene deutsche Sachverständigen, ferner die österreichische, die ungarische, die schweizerische und die französische Eisenbahnverwaltung theil. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.
218. Sitzung vom 20. November 1902, 11 Uhr.
Am Bundesratspräsident: Minister Graf v. Helldorf, Bundesminister Müller, Graf v. Posadowski, bayerischer Ministerialdirektor Müller v. Geiger.
Die Beratung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt bei dem von der Kommission neu eingelegten § 10a, der die tariflichen Steuern aufheben will. Der Sachverhalt lautet:
Für die Bestimmung der Steuern über Importationen dürfen von dem auf das Inkonfirmieren des Gesetzes folgenden 1. April ab

